

Einreichung Martin Mair und Karin Rausch zu

Momentum14, Track #5: Emanzipation und soziale Sicherheit

Die Falle schnappt zu – das ordoliberele Aktivierungs- und Arbeitszwangregime in Österreich

Ursprünglich wurde die Sozialversicherung von den Gewerkschaften erkämpft, teilweise sogar selbst organisiert, als ein Instrument im Kampf gegen die Ausbeutung durch den Kapitalismus des späten 19. Jahrhunderts. Noch am 3. Gewerkschaftskongress vom 11.-15.7.1900 wendeten Teile der Gewerkschaft gegen die Beteiligung des Staates an der Arbeitslosenversicherung ein, dass dieser ein Interesse habe, Arbeitslose so rasch wie möglich los werden wolle und zur Annahme von Arbeitsstellen zu schlechten Arbeitsbedingungen zwingen und dadurch Lohnrücker und Streikbrecher heranzüchten. Nur wenn sie in Gewerkschaftshand bleibe, bleibe sie eine Waffe im Lohnkampf. „Mittelchen der staatlichen Sozialpolitik reichten nicht aus, um die Schäden der bestehenden Gesellschaftsordnung wirklich zu heilen“ lautete damals das Credo der Gewerkschaften, die noch die Überwindung des Kapitalismus und die Demokratisierung der Wirtschaft (Arbeiterselbstverwaltung) zum Ziel hatten.

Von der Öffentlichkeit großteils unbemerkt, wurde beginnend mit der AIVG-Novelle 2004 und heuer mit der Abschaffung, mit der Einführung der „bedarfsorientierten Mindestsicherung“ der befristeten Invaliditätspension binnen 10 Jahre das neoliberale Aktivierungs- und Arbeitszwangregime eingeführt. Die Europäische Union forciert diese Politik mit der Agenda 2020 sowie der koordinierten Wirtschafts- und Sozialpolitik und setzt sie mehr oder weniger in ganz Europa durch.

Ziel dieser Politik ist es, unter dem Vorwand, das beste Mittel gegen Armut sei Lohnarbeit, so viele Menschen wie möglich auf den Arbeitsmarkt zu zwingen, wo sich diese um jeden Preis verkaufen sollen, um so einerseits die Sozialausgaben zu senken und andererseits auch Arbeitsverhältnisse billiger zu machen.

Insbesondere bislang vom Verwertungszwang verschonte Bevölkerungsgruppen wie Arme, Invalide und chronisch Kranke sowie Langzeitarbeitslose stehen verstärkt im Visier der neo- bzw. ordoliberal gewendeten Arbeitsmarktpolitik. Das Verhältnis der Sozialversicherung wendet sich nun grundlegend. Nicht mehr die nun als „Alimentierung“ verschrieene Existenzsicherung und Leistungserbringen stehen im Vordergrund, sondern ökonomische Interessen.

Schuld an der Arbeitslosigkeit sind nun nicht mehr die fehlenden Arbeitsplätze, sondern angebliche Defizite und Vermittlungshindernisse der Arbeitslosen. Menschenrechte werden in Pflichten der unfreiwilliger Marktteilnehmer gewendet: Aus dem Recht auf das in Österreich nie voll umgesetzte „Recht auf frei gewählte Arbeit“ wird die Pflicht Arbeit um jeden Preis anzunehmen. Aus dem „Recht auf Gesundheit“ wird die „Pflicht zum Erhalt der Arbeitsfähigkeit“. Aus gesetzlich geregelten Regeln mit ausgewogenen Rechten und Pflichten werden tendenziell im Zwangskontext aufgezwungen „Vereinbarungen“ zuungunsten der Betroffenen. Bislang getrennte Bereiche der Sozialversicherung und bislang getrennte Behörden werden untereinander verzahnt und vernetzt und Sanktionsregime wurden massiv ausgeweitet, damit möglichst kein Schlupfwinkel mehr vor der „Aktivierung“ besteht.

Dass von dieser „Aktivierungspolitik“ nicht nur die zuvor vom Zugang zu Existenz sichernder Lohnarbeit ausgeschlossenen betroffen sind, zeigt neben der Aufweichung der Arbeitszeitgesetze auch recht sinnbildlich „fit2work“ das als zentrale Datendrehzscheibe und Arbeitsfähigkeitsüberwachungsagentur gesehen werden kann.

Neben den augenscheinlichen Gefahren bietet dieses vernetzte Regime aber auch die Möglichkeit, den Kampf um eine emanzipatorische Sozialversicherung auf eine breitere Grundlage zu stellen und bislang aufgesplitterte Betroffenen Gruppen zu vereinen und die grundsätzliche Systemfrage neu zu stellen.

Neben der grundsätzlichen Darstellung des beschriebenen Systemumbaus wollen wir auch Erfahrungen, die wir aus unserer Beratungsarbeit von und für Betroffene gewonnen haben, weiter geben und Strategien zum Aufbau einer neuen Organisation von Unten diskutieren.